

Update 09/2007

Michael Kauch im Einsatz für das Ruhrgebiet

Klimaschutz, Sozialpolitik und Einsatz für Toleranz

Die Klimapolitik stand in den letzten Monaten im Mittelpunkt der Aktivitäten von Michael Kauch. Auf der Bundesebene brachte er mehrere Anträge der FDP in den Bundestag ein: von der Unterstützung der CO₂-Abscheidung bei Kohlekraftwerken über die Förderung erneuerbarer Energien in der Wärmeproduktion bis zur Kooperation mit den Entwicklungsländern im Klimaschutz. Kauch organisierte im Juni als Deutschland-Koordinator einer internationalen Parlamentarierorganisation eine Klimakonferenz für Abgeordnete aus den G8-Staaten und den 5 großen Schwellenländern. Kauch konnte dabei Tony Blair im Bundestag empfangen. Doch auch regional zeigte Kauch Flagge für den Klimaschutz - ob bei einem Besuch im Kraftwerk der STEAG in Herne, bei einem EU-Infotag in Gelsenkirchen oder in Gesprächen mit Greenpeace in Dortmund. Kauch geht es darum, Klimaschutz voranzubringen - aber so kostengünstig und marktwirtschaftlich wie möglich.

Zweiter Schwerpunkt war im Frühsommer die Sozialpolitik der FDP. Gerade die Ruhr-FDP setzt angesichts sozialer Probleme im Strukturwandel darauf, Lebenschancen unabhängig von der Herkunft zu verbessern. Michael Kauch war als Vorsitzender des Bundesfachausschusses Soziales maßgeblich an der Formulierung des neuen sozialpolitischen Programms der FDP beteiligt. Dabei griff er die Probleme aus den Brennpunkten im Ruhrgebiet auf. Auch die Forderungen aus der Ruhr-FDP zur Integrationspolitik konnten maßgeblich eingebracht werden.

Schließlich setzte sich Michael Kauch anlässlich der bundesweit stattfindenden Christopher Street Days (CSD) für die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen ein. Er koordiniert die bundesweite CSD-Kampagne der FDP, die unter anderem eine Gleichstellung im Steuer- und Beamtenrecht fordert. Vor Ort nahm Michael Kauch die CSDs zum Anlass, eine Delegation des polnischen Schwulen- und Lesbenverbandes Lambda ins Ruhrgebiet einzuladen. Als Ergebnis werden die Begegnungszentren in Bochum und Dortmund künftig mit den Einrichtungen in Warschau kooperieren. Hintergrund ist die starke Diskriminierung Homosexueller durch die polnische Regierung. Kauch war selbst für die FDP zum CSD nach Warschau gefahren, um für Bürgerrechte von Minderheiten in Polen zu demonstrieren. Die Zusammenarbeit der Initiativen aus dem Ruhrgebiet und Warschau soll nun dauerhafte Fortschritte unterstützen.